

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 14

Rubrik: Russische Stimmen zur Lage der Nation

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Russische Stimmen zur Lage der Nation

In jüngster Zeit mehren sich in der russischen Öffentlichkeit Stimmen Prominenter, die sich besorgt über die gegenwärtige Lage ihrer Heimat äussern. Nachfolgend publizieren wir einige Beispiele.

So lässt sich zum Beispiel das **Verfassungsgericht der Russischen Föderation** in der «Iswestija» vom 27. Juni so verlauten: «Der Verfassungsordnung unseres Staates droht Gefahr. Die Konfrontation verschiedener politischer Kräfte nähert sich dem kritischen Punkt.

In der Gesellschaft verstärkt sich der Rechtsnihilismus, die grundlegenden Verfassungsprinzipien werden mit Füßen getreten, Einvernehmen und Frieden werden zerstört. Einzelne Amtspersonen und politische Führer verschiedener Richtung fordern die Entfernung der verfassungsmässigen Machtorgane. Immer häufiger ertönen Aufrufe zum gewaltsamen Sturz der gesetzmässigen Macht, zur Förderung sozialer, nationaler und konfessioneller Konfrontationen, die oft von Gewaltanwendung begleitet werden. Es besteht die Gefahr der Einbeziehung der Armee in die Lösung der inneren Konflikte. Eine sehr grosse Zunahme erreicht die Kriminalität, die eine starke Verunsicherung der Bürger erzeugt. Das Vertrauen der Menschen gegenüber den Behörden sinkt, die Gesetze und Vorschriften werden nicht befolgt, und die Staatsorgane, die die Verfassungsordnung sowie die Rechte und Freiheiten der Bürger schützen sollten, demonstrieren eine unzulässige Passivität. Wenn sie auch weiterhin tatenlos zusehen, wo sie zum Schutz dieser Ordnung und dieser Freiheiten Macht anwenden sollten, kann im Land eine soziale Explosion erfolgen und Anarchie eintreten.

Die «Kosten» der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik wirken sich äusserst negativ im materiellen und geistigen Leben des Volkes aus. Besonders besorgt ist das Verfassungsgericht über die Verletzungen der Rechte der Bürger im Zusammenhang mit der Privatisierung des Staatseigentums, wenn dieser Prozess sich als Veruntreuung des Volkseigentums erweist. Die Mitglieder des Verfassungsgerichts sind

auch über die Unversehrtheit Russlands sehr besorgt: sowohl durch die Gefahr des Separatismus als auch der Bildung eines unitär-bürokratischen Staates.

Das Verfassungsgericht fordert alle sich gegenseitig bekämpfenden politischen Kräfte auf, den Ernst und den dramatischen Charakter der gegenwärtigen Situation zu begreifen und die Verantwortung für das Schicksal des Vaterlandes zu bekunden.

Alle Organe der legislativen, exekutiven und Gerichtsbehörden werden aufgefordert, ihre Verfassungspflichten genau und konsequent zu erfüllen. Das Verfassungsgericht behält sich das Recht vor, die Frage der verfassungsmässigen Verantwortung der höchsten Amtspersonen zu prüfen, falls sie ihre Pflichten zum Schutz der Ordnung nicht erfüllen.

Der Weg in die Zukunft führt über die strikte Einhaltung der Verfassung und der Gesetze.»

Und ein Mitglied des Redaktionskollegiums von «Iswestija», **Otto Lazis**, meint in seiner Zeitung vom 9. Juni: «Der heutige Zustand des Landes ist nicht das Endergebnis der Reformen, ebensowenig wie der von Bulldozern umgewühlte Schlamm in der Baugrube das Ergebnis des Baus ist ...

Ich billige den Mut und die Strategie Jelzins und Gaidars und merke übrigens nichts davon, dass das Volk trotz seiner Notlage über neue Reformen etwa aufgebracht wäre. Aber die Feder ist bis zum äussersten gespannt. Wenn innerhalb von zwei bis drei Monaten Jelzin die Taktik nicht ändert, gibt es im Herbst eine Explosion ...

Die Ursache der sozialen Unzufriedenheit besteht nicht in der Abnahme des Gesamtvolumens des Konsums. Die älteren Menschen kennen noch viel schlimmere Zeiten. Auch die Zunahme der sozialen Unterschiede ist an sich nicht das Wichtigste. Empörend ist die gewaltige Differenz zwischen den Einkommen in jenen Fällen, wo die Quantität und die Qualität der Arbeit diesen Unterschied nicht rechtfertigen.»



M. Rostropowitsch bei der Verteidigung des russischen Parlamentsgebäudes während des August-Putsches (Foto: «Ogonjok», Nr. 36, 1991).

Ebenfalls in der «Iswestija» (vom 26. Juni) schreibt der **Dirigent und Cellist Mstislaw Rostropowitsch**: «Jede Reform enthält Elemente eines Experimentes. Niemand kann zum voraus sagen, wie sie sich entwickeln wird. Plötzlich können Krisen entstehen ...

Geduldig kann man zuwarten, solange man weiss, wohin und worum es geht, wenn man das Ziel kennt. Deshalb muss dem Volk deutlich und konkret alles erklärt werden. Bis

jetzt war dieses aber nur Zeuge von Auseinandersetzungen ...

Das Schlimme ist, dass das Schlüsselproblem nicht gelöst wurde: die Privatisierung des Bodens. Solange dies nicht getan wird, kann nicht mit dem Vertrauen der Bauern gerechnet werden und auch nicht damit, dass der Bauer für sich und für sein Volk arbeiten wird.»

(Auswahl und Übersetzung: Georg Bruderer)